

# Erinnerung zum Nulltarif

Holocaustgedenktag 27. Januar: Während Auschwitz längst als Kriegsgrund erhalten muss, warten Opfer des Faschismus noch immer auf Entschädigung. **Von Sebastian Carlens**

Am 27. Januar 1945 wurde das deutsche Vernichtungslager Auschwitz von der Roten Armee befreit. In Auschwitz starben zwischen 1940 und 1945 mindestens 1,1 Millionen Menschen, die Nazis ermordeten Juden, Sinti und Roma, Kriegsgefangene und politische Gegner. Erst wenige Monate vor der sich abzeichnenden Niederlage der Deutschen konnte das Lager von der vorrückenden sowjetischen Armee befreit werden.

72 Jahre später wird an dieses vom deutschen Imperialismus ausgehende Menschheitsverbrechen erinnert. Auf dem Gelände des Lagers Auschwitz-Birkenau versammelten sich am Freitag Überlebende. Im Bundestag wurde der Millionen Opfer des Naziregimes gedacht, auch in vielen Landtagen kamen die Abgeordneten im Gedenken zusammen.

Der Thüringer AfD-Fraktionschef Björn Höcke wurde am Freitag von einer Gedenkstunde des Landtags ausgeschlossen. Dieser hatte Überlebende des Konzentrationslagers Buchenwald eingeladen, in das die Nazis 250.000 Menschen verschleppt hatten. Höcke hatte vergangene Woche in einer Rede mit Blick auf das Berliner Holocaustmahnmal behauptet: »Wir Deutschen sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.« Die Gedenkstätte Buchenwald erteilte Höcke ebenfalls Hausverbot, wie eine Polizeisprecherin dem *MDR* mitteilte.

Trotz solcher Zwischentöne: Das Gedenken an die Verbrechen der deutschen Faschisten ist Regierungsprogramm – und, wie das bei solchen Programmen so ist, niemals ohne Hintertennis. Es dient den Herrschenden



ANDRZEJ GRYGIEL/PAP/DPA

## Offizielle Gedenkstunde für die Opfer des »Nationalsozialismus« am Freitag im Deutschen Bundestag

längst dazu, selbst Krieg zu führen: So benutzten 1999 die Grünen unter ihrem Minister Josef Fischer »die deutsche Verantwortung nach Auschwitz«, um den ersten deutschen Angriffskrieg nach 1945 zu entfesseln – gegen Jugoslawien, das bereits im Zweiten Weltkrieg besetzt worden war.

Das wohlfeile Staatsgedenken führt nicht dazu, dass sich die geistigen Erben der Nazis unsicher fühlen. So meldete *tagesschau.de* am Donnerstagabend, dass die seit dem Jahr 2000 verbotene Terrorzelle »Combat 18«, der bewaffnete Arm der Neonazigruppierung »Blood and Honour«, wieder aktiv sei. Dies geht aus einer Antwort der

Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor. Seit vier Jahren gebe es wieder eine Gruppe mit dem Namen »Combat 18«. Ein Anlass für antiterroristische Maßnahmen war das bislang nicht.

Doch geht der deutsche Staat wenigstens mit den noch lebenden Opfern der Nazizeit angemessen um? Ebenfalls am 27. Januar versammelten sich Roma und Juden, die das NS-Regime überlebt haben, zu einer Mahnwache in Berlin. Obwohl sie nachweislich in von Deutschen eingerichteten sogenannten Ghettos unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten mussten, erhalten sie noch immer keine Rente. In einem Protestbrief

an die Bundestagsabgeordneten fordern die Vereinigung der Jüdischen Glaubensgemeinden aus Polen und der Verband der Roma in Polen eine Korrektur des »Ghettorentengesetzes« von 2002, um die Auszahlung an bislang ausgeschlossene Opfergruppen zu ermöglichen. Der deutsche Staat weigert sich, ihre Rechte anzuerkennen. Mittlerweile leben nur noch sehr wenige Menschen, die der Vernichtungsmaschine der Nazis entrinnen konnten.

Frank-Walter Steinmeier erklärte am letzten Tag seiner Amtszeit als Außenminister am Freitag: »Das Erinnern hat kein Ende.« Aber nur solange es nichts kostet, versteht sich.